

DIE LINKE. Niedersachsen, Goseriende. 8, 30159 Hannover



LandesAstenKonferenz Niedersachs  
c/o AStA Universität Göttingen  
Goßlerstraße 16a  
37073 Göttingen

**Giesela Brandes-Steggewentz**  
Landesvorsitzende

Goseriede 8  
30159 Hannover

Telefon 0511 - 92 45 910  
Telefax 0511 - 92 45 911

giesela.brandes-  
steggewentz@dielinke-nds.de

www.dielinke-nds.de

Sparkasse Hannover

Konto-Nr. 590 606

BLZ 250 501 80

Hannover, 24.09.2012

## **Wahlprüfsteine der LandesAstenKonferenz Niedersachsen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine. Nachfolgend erhalten Sie die Antworten. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir selbst alle an unsere Antworten auf Wahlprüfsteine oder vergleichbare Anfragen inkl. der Fragen und der fragenden Institution auf unserer Internetseite veröffentlichen werden. Solange ich nichts von Ihnen höre, gehe ich davon aus, dass Sie keine Einwände gegen eine solche Veröffentlichung haben.

### **Frage 1:**

*Wie positionieren Sie sich zu Bildungsgebühren im Allgemeinen und zu Studiengebühren im Speziellen?*

### **Antwort:**

DIE LINKE lehnt jegliche Form von Bildungsgebühren klipp und klar ab. In unserem Wahlprogramm heißt es: „Bildung wird gebührenfrei von der KiTa bis zur Weiterbildung. Der Zugang zu Bildung darf nicht am Geldbeutel scheitern.“ Diese Gebührenfreiheit beinhaltet jegliche Form von Studiengebühren – ganz egal, ob sie nun als Studienbeiträge, Langzeitstudiengebühren oder als in den Landeshaushalt fließende sogenannte „Verwaltungskostenbeiträge“ daherkommen. Bildung ist keine Ware, der Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht.

Die LINKE im Landtag hat in den letzten fünf Jahren dieses Thema immer wieder und in allen Facetten angesprochen. Unsere Vorstöße zur Abschaffung aller Studiengebühren wurden aber leider von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Auch unsere Initiativen für die Abschaffung des Büchergeldes an Schulen, der kostenpflichtigen Schülerbeförderung ab der Sek II oder eines weiteren beitragsfreien KiTa-Jahres fanden keine Mehrheit. Wir versprechen, dass wir hier nicht locker lassen werden und dass wir uns auch nach der Landtagswahl für eine gebührenfreie Bildung stark machen werden.

Konkret fordern wir die Abschaffung aller Studiengebühren zum Sommersemester 2013 und werden gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzentwurf einreichen. In Hessen und Nordrhein-Westfalen führte diese Vorgehensweise unserer Partei nach den jeweils

vorletzten Landtagswahlen zu einer sehr schnellen und weitgehenden Abschaffung aller Studiengebühren. Eine solche Dynamik wollen wir auch in Niedersachsen erreichen.

**Frage 2:**

*Was verstehen Sie unter einer guten und gerechten Bildungspolitik?*

**Antwort:**

In unserem Wahlprogramm heißt es: „Bildung ist für DIE LINKE eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens sowie für eine lebendige und solidarische Gemeinschaft, in der die Menschen mit gegenseitigem Respekt und Solidarität an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben und sich kreativ-kritisch einmischen können. Bildung öffnet Türen für die persönliche Entwicklung und im Berufsleben. (...) Unsere Vision ist, dass allen Kindern und Erwachsenen unabhängig von ihrer örtlichen und sozialen Herkunft der Zugang zu Bildung gleichermaßen frei und möglichst wohnortnah zugänglich gemacht werden muss. Jeder und jede kann auf Basis der eigenen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten am Bildungsprozess teilnehmen.“

Eine gute Bildungspolitik verfolgt die oben genannten Ziele, wobei die konkrete Ausgestaltung des Bildungsprozesses nicht von der Politik/den Parteien/dem Landtag/der Landesregierung vorgegeben werden darf. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, die dann von Lehrenden und Lernenden ausgefüllt werden. Zu den Rahmenbedingungen – und damit zu einer „gerechten Bildungspolitik“ – gehört die Gewährleistung, dass nicht die Dicke des Geldbeutels über Bildungschancen entscheiden darf. DIE LINKE steht für ein Ende der sozialen Spaltung im Bildungswesen. Dazu gehören neben der Abschaffung der Bildungsgebühren auch eine Verbesserung der individuellen Fördermöglichkeiten der BildungsteilnehmerInnen sowie eine Abkehr vom Prinzip der Konkurrenz und Ökonomisierung.

Wir wollen nicht, dass die Schülerinnen und Schüler im Alter von zehn Jahren auf unterschiedliche Schulformen verteilt und damit unterschiedlichen Bildungschancen zugewiesen werden. Wir wollen nicht, dass Wirtschaft und Privatinteressen immer mehr Einfluss auf die Schulen und Hochschulen gewinnen. Wir wollen nicht, dass beim Kampf um Ausbildungs-, Bachelor- oder Masterplätze die Ellbogen wichtiger sind als Kopf.

DIE LINKE steht für das Recht auf Bildung. In unserem Wahlprogramm steht daher die Forderung nach einem grundsätzlichen Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Integrierten Gesamtschule ebenso wie die 1:1-Durchlässigkeit beim Übergang vom Bachelor zum Master und die bedarfsgerechte Ausweitung von Ausbildungsplätzen inklusive einer stärkeren Sanktionierung der nicht-ausbildenden Unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Giesela Brandes-Steggewentz  
Landesvorsitzende